

presse 1

h a s e l, 18.5.-(ap) der wiener korrespondent der "basler nachrichten" berichtet heute: "es ist kein zweifel, dass die formulierung des staatsvertrages, naemlich die uebertragung des deutschen eigentums in sowjetbesitz und dessen rueckkauf laut moskauer abkommen durch oesterreich, fuer deutschland denkbar unguenstig ist. doch wenn bonn behauptet, dieses deutsche eigentum sei zu unrecht an die sowjets uebergeben worden, dann hat es seine ansprueche an die maechte zu richten, die das potsdamer abkommen unterzeichnet haben, kaum aber an oesterreich als gutglaebigen erwerber dieser werte. darum hat wien diese fuer deutschland unguenstige formulierung fuer sich stets als guenstig angesehen und angestrebt. dies ist verstaendlich, da die wiener regierung selbstredend viel mehr oesterreichische interessen zu verfechten hatte.

"eine andere frage ist es, ob es politisch sehr klug war, dass vizekanzler schaefer diese loesung eine errungenschaft nannte, durch die "einer koemmenden unangenehmen auseinandersetzung mit deutschland vorgebeugt worden ist". dies hat in bonn recht unangenehm gewirkt.

"die wiener regierung steht auf dem standpunkt, es sei nicht an ihr gewesen, die rechtmassigkeit der potsdamer

13.20/L

... "die wiener regierung steht auf dem standpunkt, es sei nicht an ihr gewesen, die rechtmassigkeit der potsdamer beschluesse zu ueberpruefen, oder in den staatsvertragsverhandlungen deutsche interessen zu vertreten. aus deutschland kommen stimmen, die behaupten, oesterreich habe gar nicht versucht, eine loesung zu erreichen, die voelkerrechtlichen grundsuetzen entspreche. tatsache ist, dass mit der abreise des deutschen vertreeters in wien die frage des deutschen eigentums weit frueher aktuell geworden ist, als zu vermuten war.

"man hat einigen grund zu befuerchten, dass es eine langwierige frage werden wird, deren bereinigung ohne truebung der atmosphaere zwischen beiden nachbarn nicht ganz einfach sein wird", schreibt das blatt.

die basler nationalzeitung meint:

"es ist denkbar, dass die juristische argumentation der bundesrepublik richtig liegt, aber es ist gleichwohl abstossend, dass bonn, kaum ist die tinte auf dem staatsvertrag trocken, in wien gegen eine bestimmung des statuts hochtraebend protest einlegt. die wahrung der interessen in ehren - aber an dieser demarche, ein tag nach der unterzeichnung im belvedere, scheint missgunst mitbeteiligt gewesen zu sein." (forts.) +1305+sm+